

09.06.2026

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.4)

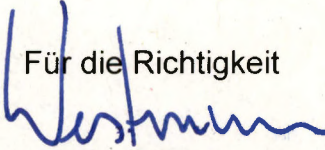
Frau Senatorin Gallina trägt den Inhalt der Neufassung der Drucksache Nr. 2026/1328,  
betreffend

Bundratsinitiative zur Reform der Datenschutzaufsicht in der  
Bundesrepublik Deutschland,

vor.

Der Senat beschließt die Einbringung des als Anlage zur Drucksache vorgelegten  
„Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes  
(BDSG)“ in den Bundesrat.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit  
  
Dr. Eike Westemann

TOP I. 4

Berichterstattung:  
Senatorin Gallina  
Staatsrat Dr. Schatz

Vorblatt zur  
**Neufassung**  
Senatsdrucksache  
Nr. 2026/01328  
vom: 08.06.2026

## **Bundesratsinitiative zur Reform der Datenschutzaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland**

### Änderungen in der Neufassung:

*Anpassungen im Senatsteil sowie im Bundesratsantrag zu den Regelungen zu den verbindlichen Mehrheitsbeschlüssen der Datenschutzkonferenz und zu dem verbindlichen EfA-Prinzip*

#### **A. Zielsetzung**

Durch eine Bündelung von Zuständigkeiten soll eine effizientere und einheitlichere Datenschutzaufsicht geschaffen werden.

Zugleich Umsetzung des Bürgerschaftlichen Ersuchens aus Drs. 23/1885.

#### **B. Lösung**

Der anliegende Gesetzentwurf wird in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, die Bundesregierung aufzufordern, das BDSG entsprechend anzupassen.

#### **C. Auswirkung auf den Haushalt**

Keine.

#### **D. Auswirkung auf die Vermögenslage**

Keine.

#### **E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Für die Wirtschaft ist mittelfristig mit einer Verringerung des jährlichen Erfüllungsaufwands zu rechnen. Diese Entlastung ergibt sich insbesondere durch den Wegfall von Mehrfachabstimmungen mit verschiedenen Aufsichtsbehörden sowie durch die Vermeidung von Doppelprüfungen infolge des angestrebten Einer-für-Alle-Prinzips. Weitere sonstige finanzielle Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

## **F. Vollzugsaufwand**

Entfällt.

## **G. Auswirkungen auf:**

- Familienpolitik
- Klimaschutz /Klimaanpassung
- Inklusion
- Gleichstellung
- Wohnungsbauziele

## **H. Notifizierung nach EU-Recht**

Keine.

## **I. Vorwegüberweisung**

Entfällt.

## **J. Alternativen**

Die Beibehaltung der bisherigen Struktur.

## **K. Anlagen**

Gesetzentwurf der Freien und Hansestadt Hamburg zur Einbringung in den Bundesrat